

## V-35 Endlich richtig ländlich - Perspektivwechsel: Grün!

Antragsteller\*in: Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt)  
Tagesordnungspunkt: V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

### Antragstext

#### 1 Grün ist das Land:

2 Grüne Politik darf nicht an der Stadtgrenze enden, denn unser Anspruch als  
3 Bündnispartei muss sein, Menschen überall in diesem Land zu erreichen. Ländliche  
4 Räume sind Heimat für rund 60 Prozent der Menschen in Deutschland. Dennoch  
5 spiegeln sich ihre Lebensrealitäten und Perspektiven in politischen Debatten und  
6 Entscheidungen nicht ausreichend wider.

7 Die Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zeigen deutlich, wie  
8 wichtig die Identifikation mit Politik insbesondere in den ländlichen Räumen ist  
9 und wie sich gerade dort Menschen von der demokratischen Debatte entfernen.

10 Gleichzeitig entscheidet sich die ökologische und gesellschaftliche  
11 Transformation nicht nur in den Großstädten, sondern maßgeblich auf dem Land. 46  
12 Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung werden in ländlichen Regionen  
13 erwirtschaftet. Mehr als die Hälfte der mittelständischen Unternehmen hat dort  
14 ihren Sitz. Ländliche Räume sind damit Lebens-, Wirtschafts- und  
15 Gestaltungsräume für einen großen Teil unserer Gesellschaft. Sie sind  
16 entscheidend für den Erfolg der Mobilitäts-, Energie- und Agrarwende.

17 Wir Grüne wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Wo ein  
18 Mensch lebt, darf nicht darüber entscheiden, welche Chancen er auf Bildung,  
19 Arbeit, Mobilität, Gesundheitsversorgung oder gesellschaftliche Teilhabe hat.  
20 Gleichwertigkeit bedeutet dabei nicht Gleichheit. Unterschiedliche Regionen  
21 haben unterschiedliche Voraussetzungen und brauchen deshalb auch  
22 unterschiedliche Antworten. Politische Lösungen müssen diesen Unterschieden  
23 gerecht werden.

24 Denn viele Teile der ländlichen Räume stehen unter besonderem Druck. Wo  
25 Arztpraxen fehlen, Busverbindungen ausgedünnt werden, der Weg zur Arbeit, zur  
26 Schule oder zur nächsten Fachärztin immer weiter wird, geht es um die Frage, wie  
27 gut der Alltag vor Ort funktioniert und ob Menschen das Gefühl haben, dass ihre  
28 Lebensrealitäten gesehen werden.

29 Frust und Verbitterung entstehen insbesondere dann, wenn Entscheidungen weit  
30 entfernt getroffen werden und vor Ort kaum Einfluss darauf genommen werden kann.  
31 Deshalb sind eine verlässliche Daseinsvorsorge und echte  
32 Beteiligungsmöglichkeiten auch eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts  
33 und einer lebendigen Demokratie. Es braucht ein offenes Ohr für die  
34 Herausforderungen vor Ort, politische Lösungen, die zu den unterschiedlichen  
35 Regionen passen, und vor allem die Möglichkeit, selbst mitzugestalten.

36 Dass es hierzu eine große Bereitschaft gibt, zeigen die vielen Menschen, die  
37 sich gerade in ländlichen Räumen in freiwilligen Feuerwehren, Sportvereinen,  
38 Kirchen, Landjugenden, Kommunalpolitik und zahlreichen weiteren Initiativen

39 ehrenamtlich engagieren. Dieses Engagement schafft Begegnung, übernimmt  
40 Verantwortung und hält vielerorts Gemeinschaft zusammen. Diese Bereitschaft,  
41 sich einzubringen, wollen wir stärken und ihr mehr Raum geben.

42 Die Stärkung der ländlichen Räume ist für uns nicht nur eine Frage der  
43 Daseinsvorsorge, sondern auch eine Voraussetzung dafür, die  
44 Transformationsaufgaben unseres Landes gemeinsam zu bewältigen.

45 Das zeigt sich besonders bei der Energiewende. 79 Prozent der installierten  
46 Windenergieleistung an Land und 68 Prozent der Freiflächen-Photovoltaik befinden  
47 sich nach dem Vierten Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher  
48 Räume in ländlichen Regionen. Auch Klimaanpassung, Natur- und Artenschutz, Land-  
49 und Forstwirtschaft, Wasserhaushalt und der Ausbau der Stromnetze werden zu  
50 erheblichen Teilen in ländlichen Räumen umgesetzt.

51 Wer Transformation will, muss deshalb die Menschen und Kommunen vor Ort an ihrer  
52 Gestaltung beteiligen. Denn wenn Klimaschutz nicht nur Fläche beansprucht,  
53 sondern neue Perspektiven vor Ort durch regionale Wertschöpfung schafft,  
54 entstehen kommunale Einnahmen sowie Beteiligungsmöglichkeiten und eine  
55 Infrastruktur, von der Menschen vor Ort profitieren.

## 56 Das Land bei den Bündnisgrünen

57 Um die ländlichen Räume auch innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sichtbarer und  
58 wirksamer zu priorisieren, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

### 59 Ländliche Perspektiven als Teil unserer Vielfalt

60 Wir wollen die bestehende Vielfalt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausbauen und die  
61 unterschiedlichen räumlichen und regionalen Lebensrealitäten innerhalb unserer  
62 Gesellschaft stärker berücksichtigen. Unser Anspruch ist, dass Menschen aus  
63 unterschiedlichen Regionen und mit unterschiedlichen Lebensrealitäten erreicht  
64 werden, zur Teilhabe eingeladen werden und die Möglichkeit haben, politische  
65 Verantwortung zu übernehmen und ihre Erfahrungen einzubringen.

66 Ergänzend soll ein „Ländlich-Check“ sicherstellen, dass wir auch unsere  
67 politischen Vorhaben daraufhin überprüfen, welche Auswirkungen sie unter den  
68 besonderen Bedingungen ländlicher Räume haben. So selbstverständlich, wie wir  
69 heute Klima- und Geschlechtergerechtigkeit mitdenken, soll ein solcher  
70 „Ländlich-Check“ sicherstellen, dass Themen und Personen aus den ländlichen  
71 Räumen stärker in den Fokus unserer Politik rücken.

72 Der „Ländlich-Check“ soll deshalb zu einem festen Bestandteil bei der  
73 Erarbeitung zentraler Beschlüsse, Programme und Kampagnen von BÜNDNIS 90/DIE  
74 GRÜNEN werden.

75 So ermöglichen wir es Menschen aus ländlichen Gegenden, sich leichter mit den  
76 Werten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu identifizieren.

### 77 Politische Verantwortung aus der Fläche ermöglichen

78 Unser Anspruch muss sein, auch in den ländlichen Räumen politisch so verankert  
79 zu sein, dass dort Direktmandate gewonnen werden können und eine unmittelbare

80 Verbindung zwischen regionalen Lebensrealitäten und den Parlamenten entsteht.  
81 Dafür braucht es Menschen, die ihre Region kennen, vor Ort Verantwortung  
82 übernehmen und deren Erfahrungen und Fachkenntnisse auch auf Landes- und  
83 Bundesebene Gehör finden.

84 Diese Menschen haben wir bereits in unserer Partei. In unseren Kreis- und  
85 Ortsverbänden engagieren sich Menschen mit beruflicher und praktischer Expertise  
86 aus Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Handwerk und Mittelstand,  
87 Kommunalpolitik, sozialen Berufen und vielen weiteren Bereichen. Dieses Wissen  
88 müssen wir stärker nutzen und berücksichtigen.

89 Dafür müssen wir innerhalb unserer Partei die Strukturen schaffen, in denen  
90 Mitglieder ermutigt werden, ihre fachlichen Perspektiven in politische Debatten  
91 einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und für ihre Themen einzustehen.

92 Durch ein gezieltes Empowerment-Programm wollen wir Menschen aus ländlichen  
93 Räumen frühzeitig erkennen, fördern und ihnen Wege in politische und  
94 innerparteiliche Verantwortung eröffnen. Dazu wollen wir Mentoring-,  
95 Vernetzungs- und Qualifizierungsangebote ausbauen. Mitglieder aus ländlichen  
96 Räumen sollen gezielt dabei unterstützt werden, Verantwortung in Gremien,  
97 Arbeitsstrukturen und bei Kandidaturen auf Landes- und Bundesebene zu  
98 übernehmen.

99 Gerade Menschen, die außerhalb größerer politischer Zentren leben, sollen  
100 unabhängig von räumlicher Entfernung Zugang zu Netzwerken, Wissen und  
101 Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb unserer Partei haben.

102 Wenn wir Kompetenzen, Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten breiter  
103 verteilen, erweitern wir nicht nur das Spektrum unserer politischen Arbeit. Wir  
104 schaffen Identifikation. Menschen erleben politische Vertreter\*innen, die ihre  
105 Lebenswirklichkeit kennen und verstehen, welche Herausforderungen sie  
106 beschäftigen.

## 107 Ländliche Perspektiven in Gremien und auf Listen stärken

108 Deshalb braucht es den „Ländlich-Check“ auch für alle Listenaufstellungen von  
109 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir wollen sicherstellen, dass Personen aus ländlichen  
110 Wahlkreisen und deren Themen immer vertreten sind. Die Vielfalt an Menschen  
111 innerhalb unserer Partei muss sich auch in unseren Listen und unserer  
112 politischen Schwerpunktsetzung wiederfinden.

113 Bei Listenaufstellungen sollen regionale Verankerung, kommunalpolitische  
114 Erfahrung und die unterschiedlichen räumlichen Lebensrealitäten stärker  
115 berücksichtigt werden.

116 Dazu wollen wir unsere Vielfaltsstrategie um eine räumlich-demografische  
117 Perspektive weiterentwickeln und die Erfahrungen von Menschen aus Dörfern,  
118 Kleinstädten und ländlich geprägten Regionen systematisch stärker  
119 berücksichtigen.

120 Auch bei der Besetzung innerparteilicher Gremien, Delegationen und  
121 Arbeitsstrukturen wollen wir die Perspektiven ländlicher Regionen systematisch  
122 stärker berücksichtigen.

123 Erfahrungen aus Dörfern, Kleinstädten und ländlich geprägten Regionen sollen  
124 dort vertreten sein, wo politische Positionen entwickelt, Strategien beraten und  
125 Entscheidungen vorbereitet werden.

## 126 Strukturen stärken und Ehrenamt entlasten

127 Politisches Engagement braucht Zeit, Ressourcen und verlässliche Strukturen.  
128 Gerade kleinere Kreis- und Ortsverbände in ländlichen Regionen tragen einen  
129 großen Teil ihrer Arbeit ehrenamtlich und verfügen häufig über deutlich  
130 geringere personelle und finanzielle Möglichkeiten.

131 Deshalb wollen wir kleinere und strukturschwächere Kreis- und Ortsverbände in  
132 ländlichen Räumen dauerhaft organisatorisch, finanziell und personell stärker  
133 unterstützen.

134 Dazu gehört für uns insbesondere, hauptamtliche Unterstützung dort gezielt  
135 auszubauen, wo politische Arbeit bislang weitgehend ehrenamtlich getragen wird  
136 und eigene Geschäftsstellen, Fraktionen oder Mandatsträger\*innen fehlen.

137 Eine solidarische Finanzierung innerhalb unserer Partei soll unterschiedliche  
138 strukturelle Ausgangsbedingungen stärker berücksichtigen und insbesondere  
139 strukturschwache sowie flächenmäßig große Kreisverbände gezielt unterstützen.

140 Politische Präsenz und professionelle Parteiarbeit dürfen nicht davon abhängen,  
141 wie viele Mitglieder ein Kreisverband bereits hat, wie hoch seine Einnahmen sind  
142 oder wie dicht Parteistrukturen in einer Region schon heute ausgebaut sind.  
143 Gerade dort, wo wir wachsen und neue Menschen erreichen wollen, müssen wir die  
144 Voraussetzungen dafür schaffen.

145 Landes- und Bundesverband sollen deshalb verstärkt zentrale Dienstleistungen  
146 bereitstellen, die kleine und ehrenamtlich getragene Gliederungen bei  
147 administrativen und organisatorischen Aufgaben entlasten.

148 Dazu können etwa Unterstützung bei Buchhaltung, digitaler Infrastruktur,  
149 Webauftritten, Materialorganisation, Öffentlichkeitsarbeit oder  
150 Veranstaltungsorganisation gehören. So bleibt vor Ort mehr Zeit für politische  
151 Arbeit, Mitgliederbetreuung und den direkten Austausch mit den Menschen.

## 152 Solidarität zwischen starken und schwächeren Strukturen

153 Wir wollen außerdem die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen  
154 unterschiedlich aufgestellten Kreis- und Ortsverbänden stärken.

155 Partnerschaften zwischen Kreis- und Ortsverbänden, gemeinsame Projekte und der  
156 systematische Austausch von Wissen und Ressourcen sollen stärker gefördert und  
157 dauerhaft verankert werden.

158 Stärkere Strukturen können so Erfahrungen, Wissen und praktische Unterstützung  
159 weitergeben. Gleichzeitig können ländliche Verbände ihre Erfahrungen, regionale  
160 Expertise und Perspektiven stärker in die Gesamtpartei einbringen.  
161 Zusammenarbeit soll dabei keine Einbahnstraße sein, sondern gegenseitiges Lernen  
162 ermöglichen.

163 Teilhabe darf nicht an Entfernung scheitern

164 Innerparteiliche Teilhabe ist in einem Flächenland mit anderen Herausforderungen  
165 verbunden, als in einer Großstadt. Lange Fahrzeiten, schlechte Verbindungen und  
166 zusätzliche Fahrt- oder Übernachtungskosten können dazu führen, dass Mitglieder  
167 an Sitzungen, Parteitag oder anderen Formaten schwerer teilnehmen können.

168 Innerparteiliche Beteiligung darf nicht vom Wohnort oder den damit verbundenen  
169 Mobilitätskosten abhängen.

170 Deshalb wollen wir bestehende Möglichkeiten zur Erstattung von Fahrt- und  
171 Übernachtungskosten überprüfen und dort weiterentwickeln, wo sie die Beteiligung  
172 von Mitgliedern aus ländlichen Regionen erleichtern.

173 Gleichzeitig wollen wir digitale und hybride Beteiligungsmöglichkeiten dort  
174 stärker nutzen, wo sie den Zugang zu Parteiarbeit verbessern. Präsenz und  
175 persönliche Begegnung bleiben für eine lebendige Partei unverzichtbar, dürfen  
176 aber nicht voraussetzen, dass Mitglieder für jede Beteiligungsmöglichkeit  
177 regelmäßig weite Strecken und hohe Kosten auf sich nehmen müssen.

178 Rückhalt für Engagierte vor Ort

179 Gerade dort, wo grüne Positionen auf stärkeren Widerspruch stoßen oder nur  
180 wenige Parteimitglieder vor Ort aktiv sind, braucht politisches Engagement  
181 innerparteilichen Rückhalt und Unterstützungsangebote.

182 Wir wollen insbesondere unseren kommunalpolitisch Engagierten aus den ländlichen  
183 Räumen auf Bundes- und Landesebene mehr Gehör verschaffen. So stärken wir  
184 diejenigen, die bereits heute vor Ort Verantwortung übernehmen, und schaffen  
185 zugleich Anknüpfungspunkte für Menschen, die sich künftig politisch einbringen  
186 wollen.

187 Wo Mitglieder und kommunalpolitisch Aktive aufgrund ihres grünen Engagements  
188 Anfeindungen, Bedrohungen oder besonderem gesellschaftlichem Druck ausgesetzt  
189 sind, brauchen sie schnelle, verlässliche Unterstützung und die Solidarität der  
190 gesamten Partei.

191 Deshalb wollen wir Beratungs-, Schulungs- und Unterstützungsangebote ausbauen  
192 und insbesondere kleinere Kreis- und Ortsverbände dabei unterstützen,  
193 professionell mit solchen Situationen umzugehen.

194 Die Partei muss auch räumlich näher kommen

195 Politische Teilhabe braucht Orte, an denen Menschen sich begegnen. Deshalb  
196 wollen wir politische Veranstaltungen und Beteiligungsformate stärker auch in  
197 Dörfer und Kleinstädte bringen und bestehende Strukturen vor Ort nutzen und  
198 stärken.

199 Bundes- und Landesverbände sollen zentrale Parteiveranstaltungen, Tagungen,  
200 Klausuren und Fachveranstaltungen regelmäßig in ländlichen Regionen durchführen.

201 Damit wird ländlicher Raum nicht nur zum Gegenstand politischer Debatten,  
202 sondern selbst zum Ort innerparteilicher Willensbildung und Vernetzung.

203 Als Partei wollen wir auch dort ansprechbar sein, wo bisher nur wenige grüne  
204 Strukturen bestehen. Deshalb wollen wir insbesondere in Regionen mit geringer  
205 Präsenz von Bundes-, Landes- oder Europaabgeordneten prüfen, wie weitere  
206 Parteibüros, mobile Büros und regelmäßige und niedrigschwellige Anlaufstellen  
207 verstärkt auch in Kleinstädten und ländlichen Regionen geschaffen oder gemeinsam  
208 genutzt werden können.

209 Gleichzeitig wollen wir unsere Mandatsträger\*innen ermutigen, Veranstaltungen  
210 und Gesprächsangebote gezielt auch gemeinsam mit kleineren Kreis- und  
211 Ortsverbänden durchzuführen.

212 Termine von Amts- und Mandatsträger\*innen in ländlichen Regionen sollen, wo  
213 immer möglich, frühzeitig mit den Parteistrukturen vor Ort abgestimmt werden und  
214 gezielt dazu genutzt werden, lokale Mitglieder zu vernetzen, neue Mitglieder  
215 anzusprechen und die Arbeit der Kreis- und Ortsverbände zu stärken.

## Einfache Sprache

216 Grüne Politik darf nicht an der Stadtgrenze enden. Rund 60 Prozent der Menschen  
217 in Deutschland leben in ländlichen Regionen. Trotzdem werden ihre Erfahrungen  
218 und Probleme in der Politik oft zu wenig berücksichtigt. Gerade auf dem Land  
219 fühlen sich viele Menschen von der Politik nicht mehr angesprochen. Gleichzeitig  
220 sind ländliche Regionen für Deutschland sehr wichtig. Sie sind wichtige  
221 Wirtschaftsstandorte und spielen eine große Rolle bei der Energie-, Verkehrs-  
222 und Agrarwende.

223 Wir Grüne wollen gute und faire Lebensbedingungen in ganz Deutschland. Der  
224 Wohnort darf nicht darüber entscheiden, ob Menschen gute Chancen auf Bildung,  
225 Arbeit, Mobilität, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe haben. Dabei müssen  
226 wir beachten, dass Dörfer, Kleinstädte und Großstädte unterschiedliche  
227 Voraussetzungen haben und deshalb unterschiedliche Lösungen brauchen.

228 In vielen ländlichen Regionen fehlen zum Beispiel Arztpraxen, Busverbindungen  
229 und andere wichtige Angebote. Wenn Wege zur Arbeit, zur Schule oder zum Arzt  
230 immer länger werden, fühlen sich Menschen schnell allein gelassen. Wenn  
231 Entscheidungen weit entfernt getroffen werden und die Menschen vor Ort kaum  
232 mitbestimmen können, entsteht Frust. Deshalb brauchen wir gute Angebote vor Ort,  
233 mehr Beteiligung und Politik, die die Probleme der Menschen kennt.

234 Ländliche Regionen sind auch für den Klimaschutz besonders wichtig. Ein großer  
235 Teil der Wind- und Solarenergie wird dort erzeugt. Auch Landwirtschaft,  
236 Forstwirtschaft, Natur- und Artenschutz sowie der Ausbau der Stromnetze finden  
237 zu großen Teilen auf dem Land statt. Deshalb müssen die Menschen und Gemeinden  
238 vor Ort an diesen Veränderungen beteiligt werden. Sie sollen auch von den neuen  
239 Möglichkeiten profitieren, zum Beispiel durch Einnahmen für Gemeinden, neue  
240 Arbeitsplätze oder bessere Infrastruktur.

241 Auch innerhalb der Grünen wollen wir die Perspektiven des Landes stärker  
242 berücksichtigen. Deshalb soll es einen „Ländlich-Check“ geben. Bei wichtigen  
243 politischen Entscheidungen, Programmen und Kampagnen soll geprüft werden, welche  
244 Auswirkungen sie auf ländliche Regionen haben. Menschen aus Dörfern,  
245 Kleinstädten und ländlichen Gebieten sollen stärker in politische Verantwortung  
246 kommen und ihre Erfahrungen einbringen können. Dafür wollen wir Mentoring,

247 Weiterbildung und Vernetzung ausbauen und Menschen gezielt bei politischen  
248 Aufgaben und Kandidaturen unterstützen.

249 Die Erfahrungen aus ländlichen Regionen sollen auch in unseren Wahllisten,  
250 Parteigremien und Arbeitsgruppen stärker vertreten sein. Bei der Auswahl von  
251 Kandidatinnen und Kandidaten sollen die regionale Verbundenheit,  
252 kommunalpolitische Erfahrungen und unterschiedliche Lebensbedingungen stärker  
253 berücksichtigt werden. So können Menschen aus dem ländlichen Raum sichtbarer  
254 werden und für andere vor Ort als politische Ansprechpartnerinnen und  
255 Ansprechpartner dienen.

256 Kleine und strukturschwache Kreis- und Ortsverbände brauchen mehr Unterstützung.  
257 Sie arbeiten häufig fast vollständig ehrenamtlich und haben weniger Geld und  
258 Personal. Deshalb wollen wir sie finanziell, personell und organisatorisch  
259 stärker unterstützen. Der Landes- und Bundesverband soll ihnen außerdem mehr  
260 Verwaltungsarbeit abnehmen, zum Beispiel bei Buchhaltung, Technik, Webseiten,  
261 Öffentlichkeitsarbeit oder Veranstaltungen. Dadurch bleibt vor Ort mehr Zeit für  
262 politische Arbeit und den Kontakt zu den Menschen.

263 Auch die Zusammenarbeit zwischen größeren und kleineren Verbänden wollen wir  
264 verbessern. Wissen, Erfahrungen und Ressourcen sollen stärker geteilt werden.  
265 Gleichzeitig können größere Verbände von den Erfahrungen der ländlichen Verbände  
266 lernen. Politische Beteiligung darf außerdem nicht davon abhängen, wie weit  
267 jemand von einer Großstadt entfernt wohnt. Deshalb sollen Fahrt- und  
268 Übernachtungskosten überprüft und digitale und hybride Beteiligungsmöglichkeiten  
269 stärker genutzt werden.

270 Menschen, die sich vor Ort politisch engagieren, brauchen die Unterstützung der  
271 gesamten Partei. Das gilt besonders dort, wo grüne Politik auf starken  
272 Widerstand stößt oder Mitglieder wegen ihres Engagements angefeindet oder  
273 bedroht werden. Deshalb wollen wir Beratungs-, Schulungs- und  
274 Unterstützungsangebote ausbauen und kommunalpolitisch Aktive stärker auf Landes-  
275 und Bundesebene einbinden.

276 Schließlich wollen wir als Partei näher zu den Menschen kommen. Politische  
277 Veranstaltungen sollen häufiger in Dörfern und Kleinstädten stattfinden. Wo es  
278 bisher nur wenige grüne Strukturen gibt, sollen mobile Büros, gemeinsame Räume  
279 oder regelmäßige Anlaufstellen entstehen. Abgeordnete und andere politische  
280 Vertreterinnen und Vertreter sollen häufiger gemeinsam mit den örtlichen Grünen  
281 Veranstaltungen durchführen und frühzeitig mit den Kreis- und Ortsverbänden  
282 zusammenarbeiten.

283 Unser Ziel ist eine Grüne Partei, die Stadt und Land gleichermaßen erreicht.  
284 Menschen auf dem Land sollen nicht nur Gegenstand unserer Politik sein. Sie  
285 sollen selbst mitreden, Verantwortung übernehmen und die Politik der Grünen  
286 aktiv mitgestalten.

## Begründung

erfolgt mündlich.

Hintergrund:

Programme wie LEADER zeigen seit Jahrzehnten, wie regionale Entwicklung gemeinsam mit Menschen vor Ort gestaltet werden kann. Seit 35 Jahren steht LEADER für eine europäische Erfolgsgeschichte und wie kaum ein anderes EU-Programm dafür, dass Europa direkt vor Ort wirkt.

LEADER bringt die Europäische Union mit den Menschen in den ländlichen Räumen zusammen und macht europäische Politik dort sichtbar, wo die Menschen leben. Es sind die engagierten Menschen vor Ort, die sich in den LEADER-Regionen für Verbesserungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld einsetzen.

Diese Erfolgsgeschichte gilt es mit ausreichenden und verlässlichen Mitteln und der nötigen Konsequenz der Bundesregierung fortzuschreiben, damit Europa auch künftig vor Ort sichtbar, erlebbar und gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden kann.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Tim Horsch (KV Köln); Sophie Schrank (KV Werra-Meißner); Sandra Stein (KV Hochsauerland); Nils Bjarne Köhl (FKV Bitburg-Prüm); Caja Bureck (KV Berlin-Pankow); Tina Winklmann (KV Schwandorf); Maria-Therese Eiblmeier (KV Dingolfing-Landau); Miriam Bergmann (KV Aschaffenburg-Land); Helena Sophie Elisabeth Schnettler (KV Görlitz); Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Sarah Onken (KV Ebersberg); Nikolaus Hanus (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Sandra Lüder (KV Wittenberg); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Nele Marie Bär (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); sowie 106 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.